

## **Postulat: Erhalt und Stärkung der Fachstelle Arbeitsintegration (FAI)**

Alice Kropf, SP; Fraktion SP

### **Antrag**

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen:

1. wie unter Einbezug der Mitarbeiter:innen der FAI die Kündigungen verhindert werden können.
2. das Angebot im Alpenrösli zu erhalten.
3. Lösungen zu finden, wie die FAI auch im Rahmen der kantonalen Reorganisation weiter bestehen kann.

### **Begründung**

Mit der Medienmitteilung vom 5. Dezember 2024 informierte der Gemeinderat in der Vorweihnachtszeit(!) über die Sparmassnahmen bei der FAI. Das Alpenrösli werde geschlossen und Stellenanpassungen, sprich Kündigungen, werden vorgenommen.

Am 19.12.2024 reagierten betroffene Mitarbeiter:innen der FAI mit einer Stellungnahme (vgl. Beilage 1). Die SP-Fraktion solidarisiert sich mit den Mitarbeiter:innen und bekräftigt die Wichtigkeit des Angebots der FAI. Die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen gehört zu den verfassungsmässigen Grundaufgaben der öffentlichen Hand: (...) „und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen« (Präambel Schweizerische Bundesverfassung).

Im Jahresbericht 2023 ist auf S. 242 im Vorwort der Direktionsvorsteherin zu lesen: „Wir haben im letzten Jahr die Stärkung und Diversifizierung der FAI in Angriff genommen.“ Mit der Redimensionierung des Angebots und den Kündigungen wird die FAI nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Den Postulant:innen stellt sich die Frage, wie durch die geplante Kündigung des Jobcoachs (welcher im Jahr 2026 regulär pensioniert würde) die von ihm betreuten Dossiers von den verbleibenden Mitarbeiter:innen übernommen werden können, ohne dass sie durch Überlastung krank werden. Erst seit kurzem steht die FAI personell wieder auf gesunden Beinen, mit dem Entscheid des Gemeinderates ist diese Errungenschaft akut gefährdet. Die Postulant:innen erwarten vom Gemeinderat, dass vordringlich und zusammen mit den Mitarbeiter:innen Lösungen gefunden werden können ohne Kündigungen aussprechen zu müssen.

In einem nächsten Schritt soll geprüft werden, wie das Angebot im Alpenrösli erhalten werden kann. Wie in der Stellungnahme der Mitarbeiter:innen festgehalten, verliert die FAI mit der Schliessung des Alpenrösli nicht nur ein wichtiges Aushängeschild, sondern auch einen vertrauten Ort, der mehrheitlich Frauen professionelle Unterstützung bietet, um trotz Hindernissen und Belastungen, wie geringe Deutschkenntnisse, keine oder nicht anerkannte Ausbildungen, fehlende Kinderbetreuung, Gewalterfahrungen oder Traumata, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden. Gleichzeitig verliert die FAI die für die berufliche Integration wichtigen Angebote und der Arbeitsmarkt die stark nachgefragten Fachkräfte im Gastro- und Detailhandel. Zudem wird es für die Sozialarbeiter:innen der Sozialen Dienste Thun und Umgebung massiv schwieriger, ihre Klient:innen in passende Angebote vermitteln zu können. Denn es gibt vor allem für Frauen in diesem Bereich keine adäquaten Angebote in und um Thun (vgl. Beilage 2).

Für die Postulant:innen muss die FAI als städtische Institution auch längerfristig erhalten bleiben. Der Gemeinderat ist aufgefordert zu prüfen, wie er im Rahmen der geplanten

Reorganisation auf kantonaler Ebene die FAI stärken kann, um an der öffentlichen Ausschreibung der neuen BIAS-Regionen teilnehmen zu können, zusammen mit Partner:innen wie beispielsweise dem SAH. Denn die FAI ist nicht nur ein Gewinn für die Programmteilnehmer:innen, sondern auch für die Stadtverwaltung. Im Jahr 2023 wurden von den Teilnehmenden der Integrationsprogramme 18'324 Arbeitsstunden für die Stadtverwaltung geleistet. Müssten diese Arbeitsstunden extern eingekauft oder intern reguläre Stellen geschaffen werden, entstünden Mehrkosten. Weitere Mehrkosten würden auch beim Einkauf externer Arbeitsintegrationsplätze anfallen.

Den Postulant:innen ist die angespannte Finanzlage der FAI bewusst. Dank guter Konjunkturlage ist die Auslastung der Programme zu gering um Kostendeckung zu erreichen. Doch ein Blick auf die europäische Konjunkturlage lässt erahnen, dass wirtschaftlich weniger positive Zeiten anstehen könnten. Deshalb braucht es auch in Zukunft eine starke städtische FAI.

Die SP bittet den Gemeinderat, ausreichend finanzielle Mittel zur Überbrückung bis zur Umsetzung der kantonalen Reform bereitzustellen, damit die FAI mit den bisherigen Angeboten und Mitarbeiter:innen bestehen bleibt und ein geordneter Übergang ermöglicht wird. Dies sollte dank gesunder Stadtfinanzen möglich sein. Und es bleibt zu hoffen, dass sich die umliegenden Gemeinden doch nur für eine Unterstützung gewinnen lassen, denn sie profitieren vom Angebot der FAI, beteiligen sich jedoch bis anhin finanziell nicht. Zudem zwei konkrete Vorschläge: Reduktion des Mietzinses für das Alpenrösli durch das AfS. Entnahme von Überbrückungsgeldern aus dem Anna Gemperle-Fonds (gemäss Art. 1, Abs.3 der entsprechenden Verordnung) und dem Marie Stoller-Fonds (gemäss Art. 1, Abs.3 der entsprechenden Verordnung).

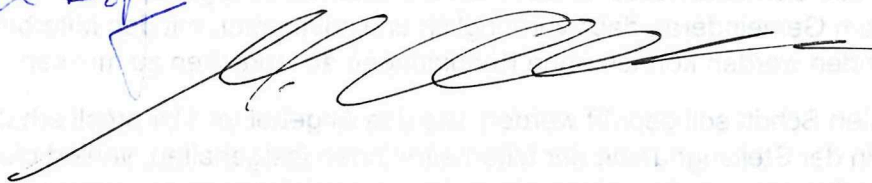
Beilage 1: Stellungnahme Mitarbeitende FAI

Beilage 2: Gedanken zur FAI der Stadt Thun aus der Sicht einer Sozialarbeiterin einer zuweisenden Stelle

Thun, 20.12.2024

Dringlichkeit: Wird verlangt

Armin Kopf



Dezember 2024

Eveline Salzmann, Vorsteherin Sicherheit und Soziales  
Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Stadt Thun  
Ursula Hänni, Abteilungsleiterin Soziales  
Markus Ströbel und Christoph Kiener, Leitung Personalamt / Top-Sharing  
Stadträtinnen und Stadträte  
Claudio Merrari, VPOD-Sektion Thunersee

### **Stellungnahme Mitarbeitende Fachstelle Arbeitsintegration FAI – Abbaumassnahmen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die unterzeichnenden Mitarbeitenden der Fachstelle Arbeitsintegration FAI der Stadt Thun sind äusserst besorgt. Das Sparprogramm mit Schliessung Alpenrösli und Entlassungen verunsichert, lässt Fragen offen und heisst letztlich sparen auf Kosten der Schwächsten und Abbau von Chancengleichheit.

Wir haben grosse Zweifel, ob mit diesem Massnahmenpaket der Auftrag des Kantons noch erfüllt werden kann. Die Massnahmen wurden getroffen, viele Unklarheiten bleiben. Was ist das Ziel der Stadt Thun? Steht sie grundsätzlich zur FAI und will sie die FAI weiterführen? Bevor definitive Entscheide gefällt und Kündigungen ausgesprochen wurden, hätten sich die Mitarbeitenden einen aktiven Einbezug gewünscht. Wie kann so Vertrauen und eine positive Arbeitskulturl wieder hergestellt werden?

Die getroffenen Massnahmen und der Umgang mit Betroffenen lösen bei uns Unruhe, Irritation, Verunsicherung und Enttäuschung aus. Wir verstehen, dass in einem dynamischen Marktumfeld wirtschaftliche Entscheidungen notwendig sind. Es ist jedoch schwer nachvollziehbar, dass in dieser schwierigen Situation und Zeit der Fokus ausschliesslich auf die wirtschaftliche Rentabilität gelegt wird, während die soziale Verantwortung vernachlässigt wird. Ein Engagement für das die Stadt Thun auch öffentlich wirbt:

*«In Thun sollen alle Menschen am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können. Mit gezielten Massnahmen und Angeboten fördert die Stadt Thun die Chancengleichheit, die Einbindung aller sowie den sozialen und kulturellen Austausch.»*  
<https://www.thun.ch/integration>

Als Arbeitgeberin punktet die Stadt Thun mit der Auszeichnung «Great place to work» für eine hervorragende Arbeitsplatzkultur. Diese Kultur erleben wir derzeit bei der Stadt Thun nicht. Der Prozess wirkt eher wie ein Schnellschuss als eine effiziente, nachhaltige und professionelle Strategie. Die Umsetzung der Massnahmen erfolgte grösstenteils ohne Rücksprache mit den verantwortlichen Führungspersonen auf der operativen Eben der FAI, welche die Prozesse und unsere täglichen Herausforderungen am besten kennt. Die Mitarbeiterinnen des Alpenrösli wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, ohne echten Einbezug und der Möglichkeit, kreative Lösungen einbringen zu können. Zudem wurde ihnen die Schliessung des Alpenrösli nicht vorgängig kommuniziert, sie haben dies an der offiziellen Informationsveranstaltung für die gesamte FAI erfahren. Weiter verliert ein JobCoach kurz vor der Pensionierung seine Stelle. Dies trotz seines enormen Engagements

und Mehrleistungen in Phasen mit vielen Vakanzzeiten und trotz Übernahme eines Pilotprojektes, welches sich für die FAI finanziell ausbezahlt. Das Vorgehen gleicht einem Wirbelsturm ohne Plan und Perspektive, was übrigbleibt, ist ein riesiger Scherbenhaufen.

Mit der Schliessung des Alpenrösli verliert die Fachstelle Arbeitsintegration Thun nicht nur ein wichtiges Aushängeschild, ein Marketinglabel und das für die Tourismus Region Berner Oberland sehr wichtige Gastronomieangebot. Sie verliert auch einen vertrauten Ort, der mehrheitlich Frauen professionelle Unterstützung bietet, um trotz Hindernissen und Belastungen, wie geringe Deutschkenntnisse, keine oder nicht anerkannte Ausbildungen, fehlende Kinderbetreuung, Gewalterfahrungen oder Traumata, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden.

Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche und berufliche Teilhabe, Selbstbestimmung und das Vorhandensein von Perspektiven grundlegend für die Zufriedenheit jedes Menschen sind – ganz im Sinne der Stadt Thun. Diesen Auftrag möchten wir auch in Zukunft mit einem hohen Mass an Identifikation und Engagement für die Stadt Thun erfüllen. Dazu brauchen wir Rahmenbedingungen, in denen wir uns getragen, unterstützt und ernst genommen fühlen und auch gesund bleiben können.

Wir fordern den Gemeinderat Thun auf, die getroffenen Entscheide und das Sparprogramm sofort zu stoppen und stattdessen das Defizit der FAI bis zum Übergang in BIAS reloaded zu übernehmen, zumal die Stadt Thun eine finanziell gut situierte Gemeinde ist. Stellenabbau darf nicht auf Kosten, respektive auf dem Rücken des Personals erfolgen. Massnahmen im Personalabbau sind sorgfältig zu planen und sozialverträgliche Schritte vorzusehen.

Sparmassnahmen dürfen nicht dazu führen, dass die Qualität der Betreuung und Beratung der Teilnehmenden durch die Kürzung von Ressourcen sinkt, und damit auch die Zahl der Anmeldungen durch die Sozialdienste zurückgeht.

Wir fordern den Einbezug der gesamten FAI-Leitung und den Mitarbeitenden, um gemeinsam tragfähige, gerechte und nachhaltige Lösungen zu finden, die sowohl den wirtschaftlichen Interessen als auch dem Wohl der Teilnehmenden und Mitarbeitenden Rechnung tragen.

Freundliche Grüsse

Die unterzeichnenden Mitarbeitenden der Fachstelle Arbeitsintegration FAI Thun

Andreas Arnold  
René Berger  
Stefanie Fahrni  
Annina Glauser  
Sybille Hauser  
Hans Jungen

Anja May  
Mathilde Perren  
Urs Philipp  
Anita Schneuwly  
Jeannette Trummer  
Daniel Winzeler

## **Gedanken zur FAI der Stadt Thun aus der Sicht einer Sozialarbeiterin einer zuweisenden Stelle**

Die Schliessung des Alpenrösli bedeutet für mich eine Einschränkung der beruflichen Integration von Frauen, Müttern und Migrantinnen. Das Alpenrösli bietet die Chance diesen Menschen ein Angebot für ihre berufliche und soziale Integration zur Verfügung zu stellen. Alle Personen, welchen ich bisher im Berufsalltag begegnet bin und im Alpenrösli an einem Programm der beruflichen und / oder sozialen Integration teilnahmen, berichteten positiv über ihre Erfahrungen. Das Alpenrösli bietet Raum, trotz geringen Deutschkenntnissen, fehlender Berufsbildung oder belastender Lebenssituation, in Kontakt mit anderen Menschen zu kommen und erste Erfahrungen in der beruflichen Integration zu sammeln.

Wie kann ich jetzt diese Personen bei der beruflichen Integration unterstützen, wenn ich keine passenden Angebote finde?

Klar kann argumentiert werden, dass es andere Angebote zur beruflichen Integration gibt. Diese sind jedoch im Raum Thun rar und nicht auf kleine Pensen mit Berücksichtigung der persönlichen Lebenslagen ausgerichtet. Die Qualität dieser Angebote ist sehr unterschiedlich und die Kosten dafür sind teilweise hoch.

An der Zusammenarbeit mit der FAI schätze ich die Professionalität und die Vielseitigkeit. Die Personen in den Programmen werden in ihrem Prozess der beruflichen Integration begleitet, dies schafft mir grosse Entlastung. Mit meiner Dossierauslastung ist eine enge Begleitung in der beruflichen Integration nicht möglich. Sparmassnahmen in der beruflichen Integration bringen nur Verluste – das Recht am wirtschaftlichen und sozialen Leben wird massiv eingeschränkt und der Weg in die wirtschaftliche Unabhängigkeit wird deutlich erschwert.

Thun, 20.12.2024